

Az.: 0.36.1

Demokratie lebt vom engagierten Gestalten der Menschen vor Ort

Mit dem neuen Jahr fällt der Startschuss für unsere Kampagne „Gemeinsam für mehr Respekt und Fairness in der Kommunalpolitik“ und vor allem auch gegenüber den vielen ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Mecklenburg-Vorpommern.



The image is a promotional graphic for the StGT MV campaign. It features a portrait of Dr. Reinhard Dettmann, Mayor of Teterow, on the left. He is a middle-aged man with short, light-colored hair, wearing a white shirt and a grey patterned blazer. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a blurred image of a brick building with windows. In the top right corner, there is an orange circular logo with the text 'StGT MV' in white. To the right of the portrait, the main title 'Gemeinsam für mehr Fairness und Respekt in der Kommunalpolitik' is written in large, white, sans-serif font. Below the title, a quote is displayed in white text on an orange rounded rectangular background: '"Demokratie lebt vom engagierten Gestalten der Menschen in unseren Städten und Gemeinden und von Entscheidungen, die gemeinsam getroffen werden."' Below the quote, the name and title of Dr. Reinhard Dettmann are listed in small white text. In the bottom right corner, the hashtag '#KommFair' is written in white, with the full name of the organization, 'Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V.', written in smaller white text below it.

StGT MV

Gemeinsam für mehr Fairness und Respekt in der Kommunalpolitik

"Demokratie lebt vom engagierten Gestalten der Menschen in unseren Städten und Gemeinden und von Entscheidungen, die gemeinsam getroffen werden."

Dr. Reinhard Dettmann, Bürgermeister a.D.
Ehrenvorsitzender StGT M-V

#KommFair
Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Foto: Ove Arscholl, Gestaltung: StGT M-V

Den Auftakt der Statement-Reihe macht der Ehrenvorsitzende des Städte- und Gemeindetages, Dr. Reinhard Dettmann, der selbst seit 1990 genau 28 Jahre lang Bürgermeister der Berggringstadt Teterow war und daher weiß, was es bedeutet, Demokratie vor Ort zu leben, sie zu schützen und die nachkommenden Generationen für Kommunalpolitik zu begeistern. Gute Entscheidungen im Sinne der Stadt bzw. der Gemeinde und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern werden häufig intensiv diskutiert. Das gehört zur Demokratie dazu. Es geht darum, gemeinsam Lösungen zu finden und das konstruktiv und fair.

Um unter anderem dem Ehrenamt in Politik gegenüber Anfeindungen und Angriffen den Rücken zu stärken, hat das Bundeskabinett am 14. Dezember 2022 den Entwurf eines Demokratiefördergesetzes beschlossen. Demokratie müsse aus Überzeugung gelebt und täglich verteidigt werden, erklärte Bundesfamilienministerin Lisa Paus im Rahmen der Bundespressekonferenz zum Gesetzentwurf. Die Bundesregierung sei sich der vielen Bedrohungen bewusst und daher umso entschlossener, die Demokratie und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Politik und Verwaltung können dies allerdings nicht alleine leisten. Mit dem Demokratiefördergesetz wurde

erstmalig ein gesetzlicher Auftrag für den Bund geschaffen, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung in seiner Qualität zu erhalten.

Ziel des Demokratiefördergesetzes ist es, Projekte zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention vor Ort verlässlich und bedarfsorientiert fördern zu können. Mit dem Gesetz stellt der Bund die wichtige Arbeit der Initiativen und Projekte auf eine stabilere und nachhaltigere Grundlage, die vorhandenen und bewährten Strukturen können aufrechterhalten und weiterentwickelt werden.

Bislang war es so, dass der Bund Projekte nur für eine bestimmte Zeit fördern konnte, weil es keine gesetzliche Grundlage für die längerfristige Förderung gab. Der Gesetzentwurf für das Demokratiefördergesetz schafft nun erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie und der Prävention jeglicher Form von Extremismus. Somit können Projekte auch längerfristig gefördert werden und haben mehr Planungssicherheit. Einen Anspruch auf Förderung begründet das Gesetz nicht. Die Anpassung der Förderrichtlinien sei nach Angaben der Bundesfamilienministerin ebenfalls für das Jahr 2023 geplant, damit hier die erforderlichen Stellen für Projekt-, und Beratungsarbeit in den verschiedenen Organisationen und Vereinen auch längerfristig und somit verlässlich geplant werden können.

Gefördert werden ganz unterschiedliche Projekte: Seien es pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf, Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus oder präventiv-pädagogische Angebote für inhaftierte jugendliche Straftäterinnen und Straftäter. Die geförderten Projekte und Programme sollen auch weiterhin wissenschaftlich begleitet werden, um sie auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu prüfen. Mit dem Entwurf des Demokratiefördergesetzes werden sich nun Bundestag und Bundesrat befassen. Wir werden weiter berichten.

Auf der Homepage des Städte- und Gemeindetages gibt es unter dem Schwerpunktthema „Respekt und Fairness in der Kommunalpolitik“ weitere Informationen zur Kampagne des Verbandes sowie hilfreiche Links zum Bundesprogramm „Demokratie leben“ und weiteren Organisationen.

(StGT M-V 1/2023)

Schlagworte: Respekt, Fairness, Demokratie, Kampagne